

## Zivilgesellschaftliches Engagement und Citizen Science

### Zivilgesellschaftliches Engagement des NABU

Mit über 560.000 Mitgliedern und Förderern und ca. 37.000 ehrenamtlich Aktiven engagiert sich der NABU seit über 115 Jahren für den Natur- und Umweltschutz. Unsere Wurzeln liegen im naturkundlichen Vogel- und Artenschutz – und gerade zur Unterstützung der heute inhaltlich breiteren Aufstellung des NABU stellt dieses Segment noch immer eine essentielle Kernkompetenz des Verbandes dar. Durch das Erheben und Sammeln naturkundlicher Daten leisten NABU-Mitglieder einen substantiellen Beitrag zum Umweltmonitoring, zu dem Deutschland bzw. die EU-Mitgliedsstaaten über das Bundesnaturschutzgesetz sowie die EU-Vogelschutz- und FFH-Richtlinie rechtlich verpflichtet sind. Viele staatliche Artenerfassungsprogramme wäre ohne zivilgesellschaftliches Engagement nicht entstanden und würden ohne die entsprechende Bereitstellung der erhobenen Daten bis heute keine umfassenden Datengrundlagen zum Zustand von Natur und Umwelt beinhalten. NABU-Mitglieder und viele andere Freiwillige nehmen daher in erheblichem Umfang staatliche Aufgaben wahr, ohne hierfür eine finanzielle Entschädigung oder Kompensation zu bekommen. Zivilgesellschaftliches Engagement erfolgt freiwillig, ist gemeinwohlorientiert und gemeinnützig und wird nicht von dritten Interessen bestimmt.

### Citizen Science als neues Modewort im Wissenschaftsbetrieb

Sowohl Deutschland als auch die EU haben sich Ziele gesetzt, bis zum Jahr 2020 eine sogenannte Citizen Science-Strategie zu entwickeln. Der Begriff „Citizen Science“ oder „Bürgerwissenschaft“ ist die umfassende Beschreibung für bürgerschaftliches Engagement im Bereich von Wissenschaft und Forschung. Die genaue Akzentuierung zwischen den beiden Polen „Citizen“ und „Science“ ist derzeit Thema verschiedener wissenschaftlicher und gesellschaftlicher Diskurse, ebenso das Verhältnis von „Citizen Science“ zu „Professional Science.“ Eine der ersten und heute immer noch maßgeblichen Definitionen des Begriffs von Irwin (1995) beschreibt Citizen Science als Wissenschaft, die sich an den Bedürfnissen und Sorgen der Bürger orientiert, aber auch von diesen entwickelt und umgesetzt wird. Citizen Science stellt damit eine wichtige Komponente zivilgesellschaftlichen Engagements dar.

Mit Sorge betrachtet der NABU daher, dass die derzeitige Diskussion um Citizen Science in Deutschland – unter anderem dominiert vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF), den Wissenschaftsorganisationen wie der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG), der Max-Planck-Gesellschaft (MPG), der Helmholtz-Gemeinschaft sowie den Wissenschaftsakademien – eine weitestgehend andere Prägung genommen hat. Hierbei geht es nicht um die Stärkung zivilgesellschaftlichen Engagements, sondern vordergründig um das Abschöpfen ehrenamtlich generierter Daten für wissenschaftliche Zwecke und im Zweifelsfalle zudem um die Hinterfragung der wissenschaftlichen Qualität von Daten, die durch „nicht-professionelle“ Wissenschaftler erhoben wurden. Freiwillig Engagierte im Naturschutz sind weder Datensklaven noch billige wissenschaftliche Hilfskräfte, sondern gehen ihrer Beschäftigung aus intrinsischen Motiven nach. Sofern diese Aspekte nicht zeitnah von den akademischen Wissenschaften anerkannt und respektiert werden, hätte dies negative Auswirkungen auf die Wissenschaftscommunity in Deutschland und würde zudem dazu führen, das bereits bekannte Probleme, die dringend gemeinschaftliche Lösungsansätze erfordern – wie z.B. die weitestgehende Einstellung der taxonomischen Ausbildung an deutschen Universitäten – von latent schwelenden Konflikten überlagert würden. Aus diesem Grunde wollen wir auch ein deutliches Zeichen setzen, dass wir als NABU grundsätzlich bereit sind, mit den Wissenschaftsinstitutionen gemeinsam über diese angesprochenen Themen zu diskutieren. Dies ist aber nur möglich, wenn der Dialog auf Augenhöhe und in gegenseitigem Respekt stattfinden kann.

### Die Bundesvertreterversammlung des NABU fordert daher:

- Citizen Science-Ansätze sind als Bestandteil des zivilgesellschaftlichen Engagements politisch wie finanziell zu stärken. Dazu gehört insbesondere, dass das BMBF seine Förderpolitik im Bereich Citizen Science nicht ausschließlich auf die wissenschaftliche Community ausrichtet, sondern vielmehr Zugänge für die zivilgesellschaftlichen Organisationen (ZGOs) bereit stellt, so dass hier Strukturen des Engagements gestärkt werden können, um gemeinsam Lösungen für drängende Probleme der Gegenwart zu entwickeln. Hierfür müssen zeitnah Mittel in erheblichem Umfang bereitgestellt werden, um die ZGOs angemessen und adäquat zu unterstützen.

- Das BMBF muss ebenfalls Forschungsmittel bereitstellen, die die Beweggründe und Motivationen für freiwilliges Engagement zum Untersuchungsgegenstand macht, um so die Strukturen des Engagements zu fördern und in den Wissenschaften für ein breiteres Verständnis zu sorgen, was „Citizen Scientists“ eigentlich sind.
- Die Wissenschaften müssen anerkennen, dass auch außerhalb der formalen Institutionen hochwertige wissenschaftliche Arbeiten entstehen können. Die entsprechende Anerkennung sollte freiwillig Forschenden zukommen. Citizen Science-Strategien dürfen nur gemeinsam und auf Augenhöhe zwischen Wissenschaftsinstitutionen und ZGOs entwickelt werden, die bloße „Beteiligung“ oder „Einbindung“ von ZGOs ist nicht ausreichend.
- Im Zusammenwirken von Wissenschaftsinstitutionen und ZGOs muss sich das Verständnis entwickeln, dass der Aufbau und Erhalt von Strukturen des zivilgesellschaftlichen Engagements personell und finanziell sehr aufwendig ist, so dass hierfür auch in Citizen Science-Projekten immer Mittel bereitgestellt werden müssen. Zudem sind die ZGOs besser geeignet als die wissenschaftlichen Institutionen, um solche Strukturen zu unterhalten.
- Citizen Science ist kein Allheilmittel für sämtliche systembedingte Probleme der Wissenschaft. Auch können nicht alle wissenschaftlich relevanten Fragestellungen über Citizen Science gelöst werden. Aus diesem Grund müssen Wissenschaftsinstitutionen und ZGOs gemeinsam die Einsatzmöglichkeiten und Grenzen von Citizen Science beschreiben.
- Der Verlust taxonomischer Ausbildungskapazitäten an den wissenschaftlichen Institutionen ist ein gesellschaftlich relevantes Problem, das unter Federführung des BMBF und der Wissenschaftsorganisationen gemeinsam mit den ZGOs diskutiert werden muss, um hier Lösungen zu entwickeln.

Eingebracht vom NABU-Bundesverband